

Verena Schipke

# Die Weiterentwicklung des Bankeninsolvenzrechts durch das Gesetz zur Reorganisa- tion von Kreditinstituten

Eine Untersuchung unter besonderer  
Berücksichtigung des Schweizer Rechts

 Springer

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I Grundlagen

<b>Kapitel 1 Einleitung</b> .....	5
§ 1 Krisenbewältigung bei Banken: eine erste Bestandsaufnahme .....	5
A. Besonderheiten des Bankensektors .....	6
B. Konsequenzen aus den Besonderheiten des Bankensektors .....	8
I. Die „Too big to fail“- Problematik .....	8
II. Notwendigkeit zur Bereitstellung spezieller Rechtsregeln für den Umgang mit kriselnden Banken .....	9
1. Mögliche Regelungsansätze zur Adressierung der „Too big to fail“- Problematik.....	10
a) Verschiedene Regelungsalternativen .....	10
b) Speziell: der Regelungsansatz des RStruktG .....	11
c) Speziell: der Regelungsansatz der Abwicklungsrichtlinie .....	12
2. Grundsätzliche Anforderungen an die Ausgestaltung von Rechtsregeln für den Umgang mit kriselnden Banken .....	14
§ 2 Forschungsdesign .....	15
A. Einordnung des Dissertationsthemas in das Forschungsfeld .....	16
I. Forschungsstand .....	16
II. Definition des Untersuchungsgegenstands .....	19
B. Methodenwahl .....	20
C. Gang der Untersuchung .....	24
<b>Kapitel 2 Betrachtung der historischen Entwicklung von speziellen Planverfahren für die Sanierung von Kreditinstituten in Deutschland und in der Schweiz</b> .....	25
§ 1 Entwicklung der Planverfahren des KredReorgG .....	25
A. Ausgangspunkt: die Krisenbewältigungsmechanismen vor dem Erlass des RStruktG .....	26
I. Krisenbewältigung über die Mechanismen von KWG und InsO .....	26

1. Krisenbewältigungsmechanismen des KWG bis zum 31. Dezember 2010 .....	26
a) Sanierungsmaßnahmen nach § 45 KWG a. F. ....	27
b) Maßnahmen bei Gefahr nach §§ 46, 46a KWG a. F. ....	28
c) Sanierungsmaßnahmen nach §§ 47, 48 KWG a. F. ....	31
d) Fazit .....	33
2. Krisenbewältigungsmechanismen des Insolvenzrechts .....	33
3. Fazit .....	37
II. Sanierungsoptionen der Krisengesetze .....	37
B. Die Entwicklungsgeschichte des RStruktG .....	39
I. Vorlage zweier konkurrierender Gesetzesentwürfe in der 16. Legislaturperiode .....	39
1. Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Kreditwesengesetzes .....	39
2. Diskussionsentwurf für ein Gesetz zur Einführung eines Reorganisationsplanverfahrens für systemrelevante Kreditinstitute und zur Abwehr von Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems .....	41
II. Entwicklungen in der 17. Legislaturperiode .....	42
§ 2 Entwicklung des Schweizer Bankensanierungsverfahrens .....	44
A. Entwicklung von der Krise der 1930er Jahre bis zur Krise der 1990er Jahre .....	44
I. Gesetzeslage nach dem Erlass des BankG 1934 .....	44
II. Bundesratsbeschlüsse über die Sanierung von Banken .....	48
III. Einsetzung von Expertenkommissionen zur Weiterentwicklung des Bankeninsolvenzrechts .....	50
1. Einsetzung der Expertenkommission Haab .....	51
2. Einsetzung der Expertenkommission Egli .....	51
B. Entwicklung ausgehend von der Immobilienkrise der 1990er Jahre .....	52
C. Reformentwicklungen seit 1999 .....	53
I. Grundlegende Reform des BankG 2004 .....	53
II. Reform durch die Botschaft Sicherung der Einlagen .....	55
III. Reform durch die Botschaft Stärkung der Stabilität im Finanzsektor .....	56

## Teil II Auseinandersetzung mit der Rechtslage de lege lata

<b>Kapitel 3 Überblick über den aktuellen Regelungszustand in Deutschland und in der Schweiz .....</b>	<b>61</b>
§ 1 Überblick über die Planverfahren des KredReorgG .....	61
A. Anwendungsbereich der Planverfahren .....	61
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	61
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	62
III. Anwendung auf grenzüberschreitende Sachverhalte .....	63
B. Betrachtung des Inhalts der Planverfahren .....	65
I. Verfahrensablauf .....	65
II. Sanierungs- und Reorganisationsplan .....	66

1. Sanierungsplan .....	67
a) Planaufstellung und Bestätigung .....	67
b) Inhalt .....	67
2. Reorganisationsplan .....	69
a) Planaufstellung und Bestätigung .....	69
b) Inhalt .....	71
III. Sanierungs- und Reorganisationsberater .....	76
1. Einsetzung und Anforderungen an seine Person .....	76
2. Funktion und Kompetenzen .....	77
3. Aufsicht und Haftung .....	80
IV. Fazit .....	80
C. Einordnung der Planverfahren in das Gesamtsystem des deutschen Bankeninsolvenzrechts nach dem Erlass des RStruktG .....	81
I. Erweiterung der Instrumente des KWG durch das RStruktG .....	81
1. Erweiterung der Befugnisse des § 45 KWG .....	82
2. Neueinfügung der Kompetenz zur Bestellung eines Sonderbeauftragten, § 45c KWG .....	83
3. Neueinfügung von Maßnahmen gegenüber Kreditinstituten bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems, §§ 48a ff. KWG .....	84
a) Möglichkeit zum Erlass einer Übertragungsanordnung nach § 48a Abs. 1 KWG .....	84
b) Liquidationsmöglichkeiten nach dem Erlass der Übertragungsanordnung .....	87
c) Fazit .....	87
II. Gesetzesbestimmungen zur Vermittlung des Verhältnisses zwischen den Befugnissen des KWG und den Planverfah- ren des KredReorgG .....	89
1. Bestimmungen des KredReorgG .....	89
2. Bestimmungen des KWG .....	90
a) Verhältnismäßigkeitsprinzip, § 48a Abs. 2 Nr. 2 KWG .....	90
b) Vermittlung des Verhältnisses von Reorganisations- und Ausgliederungsverfahren über § 48c Abs. 2 KWG .....	92
c) Fazit .....	93
III. Ermittlung der Funktion der Planverfahren im Gesamtsys- tem des Bankeninsolvenzrechts nach dem Erlass des RStruktG .....	94
1. Betrachtung der Funktion des Sanierungsverfahrens .....	94
a) Bedeutung des Sanierungsverfahrens neben der Möglichkeit zur Anordnung der Vorlage eines Restrukturierungsplans .....	95
b) Bedeutung des Sanierungsverfahrens neben der Möglichkeit zur Einsetzung eines Sonderbeauftragten .....	96
2. Betrachtung der Funktion des Reorganisationsverfahrens .....	96
a) Vergleich der Gestaltungsmöglichkeiten des Reorganisationsplans mit denen der Übertragungsanordnung .....	97
b) Untersuchung einer vorbereitenden Funktion des Reorganisationsverfahrens für die Durchführung einer Übertragungsanordnung .....	99
3. Fazit .....	100

§ 2 Überblick über das Sanierungsverfahren des BankG .....	100
A. Anwendungsbereich des Sanierungsverfahrens .....	101
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	101
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	102
III. Anwendung auf grenzüberschreitende Sachverhalte .....	103
B. Betrachtung des Inhalts des Sanierungsverfahrens .....	103
I. Verfahrensablauf .....	103
II. Sanierungsplan .....	104
1. Planaufstellung und Genehmigung .....	104
2. Inhalt .....	107
III. Sanierungsbeauftragter .....	108
1. Einsetzung und Anforderungen an seine Person .....	108
2. Funktion und Kompetenzen .....	109
3. Aufsicht und Haftung .....	111
C. Einordnung des Sanierungsverfahrens in das Gesamtsystem des Schweizer Bankeninsolvenzrechts .....	111
§ 3 Vornahme einer ersten Gegenüberstellung der beiden Regelungssysteme .....	116

#### **Kapitel 4 Beurteilung der praktischen Operabilität der Planverfahren des KredReorgG .....**

<b>der Planverfahren des KredReorgG .....</b>	<b>119</b>
§ 1 Ermöglichung einer rechtzeitigen Problemlösung .....	120
A. Rechtslage in Deutschland .....	121
I. Einleitungsvoraussetzungen der Planverfahren .....	121
1. Einleitungsvoraussetzung des Sanierungsverfahrens.....	121
2. Einleitungsvoraussetzungen des Reorganisationsverfahrens.....	124
a) Vorliegen einer Bestandsgefährdung nach § 48b Abs. 1 KWG.....	124
b) Drohen einer Systemgefährdung nach § 48b Abs. 2 S. 1 KWG .....	125
II. Konsequenz für das Krisenstadium der Planverfahren .....	126
1. Konsequenz für das Krisenstadium des Sanierungsverfahrens.....	126
2. Konsequenz für das Krisenstadium des Reorganisationsverfahrens .....	127
B. Rechtslage in der Schweiz .....	127
I. Einleitungsvoraussetzungen des Sanierungsverfahrens .....	128
1. Vorliegen einer Insolvenzgefahr .....	128
2. Vorliegen eines Gefahrentatbestandes des Art. 25 Abs. 1 BankG.....	129
a) Begründete Besorgnis der Überschuldung einer Bank .....	130
b) Begründete Besorgnis des Bestehens ernsthafter Liquiditätsprobleme.....	131
c) Nichteinhaltung der Eigenmittelanforderungen nach Ablauf einer von der FINMA gesetzten Frist .....	131
II. Konsequenz für das Krisenstadium des Sanierungsverfahrens .....	133

C. Rechtsvergleich .....	133
D. Bewertung .....	135
§ 2 Vermeidung von negativen Publizitätseffekten .....	137
A. Rechtslage in Deutschland .....	138
I. Mögliche Gründe für die Generierung einer Öffentlichkeitswirkung .....	138
1. Untersuchung möglicher Öffentlichkeitswirkungen infolge der Verfahrensdurchführung.....	138
a) Etwaige Veröffentlichungspflicht von gerichtlichen Entscheidungen.....	139
b) Mögliche Publizität infolge der Durchführung eines Abstimmungsverfahrens.....	140
2. Publizität durch etwaige Veröffentlichungspflicht nach § 15 WpHG.....	141
3. Fazit.....	144
II. Mechanismen zur Abfederung der Öffentlichkeitswirkung .....	144
1. Regelung über die Beendigung von Schuldverhältnissen.....	145
2. Möglichkeit zur Anordnung eines Vollstreckungsstopps.....	145
3. Fazit.....	146
B. Rechtslage in der Schweiz .....	146
I. Gründe für die Generierung einer Öffentlichkeitswirkung .....	146
1. Etwaige Öffentlichkeitswirkungen im Sanierungsverfahren .....	147
2. Publizität durch etwaige Veröffentlichungspflicht nach Art. 53 KR.....	148
II. Mechanismen zur Abfederung der Öffentlichkeitswirkung .....	149
1. Regelung über die Beendigung von Schuldverhältnissen.....	149
2. Möglichkeit zur Anordnung eines Vollstreckungsstopps.....	150
C. Rechtsvergleichende Bewertung .....	150
I. Bewertung der Abfederungsmechanismen .....	151
1. Bewertung des Fehlens eines Abfederungsmechanismus für das Sanierungsverfahren .....	151
2. Bewertung der Abfederungsmechanismen für das Reorganisationsverfahren.....	152
a) Regelung über die Beendigung von Schuldverhältnissen .....	152
b) Möglichkeit zur Anordnung eines aufsichtsrechtlichen Moratoriums.....	155
3. Fazit.....	156
II. Vertrauen in die Planverfahren des KredReorgG als zentraler Faktor .....	156
III. Fazit .....	156
§ 3 Ermöglichung einer schnellen Lösungsfindung .....	157
A. Rechtslage in Deutschland .....	158
I. Ausgestaltung der Regelungen über die Verfahrensdurchführung .....	158
1. Durchführungsbestimmungen des Sanierungsverfahrens.....	158
2. Durchführungsbestimmungen des Reorganisationsverfahrens.....	159
a) Konzeption des Abstimmungsverfahrens .....	159
b) Konzeption des Bestätigungsverfahrens.....	161
c) Fazit .....	162

II. Ausgestaltung der sachlichen Zuständigkeit .....	162
III. Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten .....	164
1. Rechtsschutzmöglichkeiten im Sanierungsverfahren .....	164
2. Rechtsschutzmöglichkeiten im Reorganisationsverfahren .....	165
a) Rechtsschutzmöglichkeiten der Gläubiger .....	165
b) Rechtsschutzmöglichkeiten der Anteilshaber .....	166
B. Rechtslage in der Schweiz .....	167
I. Ausgestaltung der Regelungen über die Verfahrensdurchführung .....	167
II. Ausgestaltung der sachlichen Zuständigkeit .....	170
III. Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten .....	174
C. Rechtsvergleichende Bewertung .....	177
I. Bewertung der Ausgestaltung der Durchführungsbestimmungen .....	177
1. Bewertung der Ausgestaltung der Durchführungsbestimmungen des Sanierungsverfahrens .....	177
2. Bewertung der Ausgestaltung der Durchführungsbestimmungen des Reorganisationsverfahrens .....	178
a) Bedingung einer zeitlichen Mindestlänge des Verfahrens .....	178
b) Bedingung einer Fehleranfälligkeit des Verfahrens .....	179
c) Fazit .....	182
II. Bewertung der Ausgestaltung der sachlichen Zuständigkeit .....	183
1. Nachteile des deutschen Ansatzes .....	183
a) Verringerte Schnelligkeit infolge mangelnder Fachkompetenz und mangelndem Informationsfundus .....	183
b) Potenzielle Erschwernis des Verfahrensablaufs .....	186
2. Vorteile des deutschen Ansatzes .....	187
3. Abwägung .....	188
III. Bewertung der Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten .....	190
1. Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten im Sanierungsverfahren .....	191
2. Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten im Reorganisationsverfahren .....	191
a) Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten der Gläubiger .....	191
b) Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten der Anteilshaber .....	193
c) Fazit zur Bewertung der Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten .....	193
IV. Fazit zur rechtsvergleichenden Bewertung .....	194
D. Rechtspolitische Regelungsempfehlung .....	195
I. Regelungsempfehlung für die Konzeption der Durchfüh- rungsbestimmungen .....	195
II. Regelungsempfehlung bezüglich der Ausgestaltung der sachlichen Zuständigkeit .....	199
III. Regelungsempfehlung hinsichtlich der Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten .....	199

1. Beschränkung der Anfechtungsobjekte.....	200
2. Vornahme von Einschränkungen auf der Rechtsfolgenseite.....	201
3. Ausschluss einer aufschiebenden Wirkung.....	202
4. Zeitliche Befristung der Rechtsschutzmöglichkeiten.....	203
5. Vermeidung eines Instanzenzugs.....	204
§ 4 Ermöglichung einer Inverantwortungnahme von Anteilshabern und Gläubigern.....	204
A. Rechtslage in Deutschland.....	206
I. Potenzielle Obstruktionsmöglichkeiten im Sanierungsverfahren.....	206
II. Potenzielle Obstruktionsmöglichkeiten im Reorganisa- tionsverfahren.....	207
1. Mehrheitsanforderungen.....	207
2. Obstruktionsverbot.....	208
3. Rechtsschutzmöglichkeiten.....	209
B. Rechtslage in der Schweiz.....	209
I. Potenzielle Obstruktionsmöglichkeiten während der Verfah- rendurchführung.....	209
II. Potenzielle Obstruktionsmöglichkeiten nach dem Abschluss des Sanierungsverfahrens.....	211
C. Rechtsvergleichende Bewertung.....	212
I. Vergleich der potenziellen Obstruktionsmöglichkeiten von Anteilshabern und Gläubigern in den Planverfahren des deutschen und des Schweizer Rechts.....	212
II. Bewertung.....	213
1. Bewertung der Ausgestaltung des Sanierungsverfahrens im Hinblick auf die Blockademöglichkeiten für Anteilshaber und Gläubiger.....	214
2. Bewertung der Ausgestaltung des Reorganisationsverfahrens im Hinblick auf die Blockademöglichkeiten für Anteilshaber und Gläubiger.....	216
a) Bewertung der Mehrheitsanforderungen.....	216
b) Bewertung des Obstruktionsverbots.....	218
aa) Bedenken tatsächlicher Art.....	218
bb) Rechtliche Bedenken.....	219
aaa) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Obstruktionsverbots.....	220
bbb) Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben.....	220
cc) Fazit.....	226
c) Bewertung der Rechtsschutzmöglichkeiten.....	227
d) Gesamtbewertung der Blockademöglichkeiten im Reorganisationsverfahren.....	227
III. Fazit.....	229
D. Rechtspolitische Regelungsempfehlung.....	229
I. Diskussion verschiedener Verbesserungsmöglichkeiten.....	230



1. Durchführung einer Enteignung.....	231
2. Anordnung einer staatlichen Zwangsverwaltung.....	232
3. Ersetzung der Zustimmung von Anteilshabern und Gläubigern durch singuläre Entscheidung der Bankenaufsichtsbehörde.....	234
II. Überprüfung der Verfassungs- und Europarechtskonformität der Regelungsempfehlung.....	235
1. Legitimer Regelungszweck.....	235
2. Erforderlichkeit.....	236
3. Angemessenheit.....	236
a) Berücksichtigung des Gefahrenstadiums.....	237
b) Weitergehende Anforderungen zur Wahrung der Angemessenheit.....	239
aa) Vermeidung einer Schlechterstellung der Anteilshaber und Gläubiger als im Insolvenzfall.....	240
bb) Wahrung einer gerechten Rangfolge.....	241
cc) Ausnahme bestimmter Verbindlichkeiten.....	242
dd) Beachtung von weiteren Grenzen.....	243
c) Fazit zur Angemessenheit.....	244
4. Fazit zur Verfassungs- und Europarechtskonformität der Regelungsempfehlung.....	245
III. Fazit zur rechtspolitischen Regelungsempfehlung.....	245
§ 5 Mögliche Effizienzeinbußen durch Ausrichtung des Gesetzes am Prinzip der Eigenverantwortlichkeit.....	246
A. Rechtslage in Deutschland.....	247
I. Ausgestaltung des Einleitungsrechts.....	247
II. Betrachtung des im KredReorgG gesetzten Anreizmechanismus.....	249
1. Vorschlagsrecht bezüglich des Sanierungs- bzw. Reorganisationsberaters.....	249
2. Recht des Instituts zur Ausarbeitung des Sanierungs-bzw. Reorganisationsplans.....	250
3. Befreiung von der Anzeigepflicht des § 46b Abs. 1 KWG.....	250
4. Bereitstellung von Sanierungsinstrumenten.....	250
III. Fazit.....	251
B. Rechtslage in der Schweiz.....	251
C. Rechtsvergleichende Bewertung.....	252
I. Äußerung einer ersten Vermutung.....	252
II. Bewertung des im KredReorgG gesetzten Anreizmechanismus.....	253
1. Bewertung der positiven Anreize zur Verfahrenseinleitung.....	254
a) Vorschlagsrecht bezüglich des Sanierungs- bzw. Reorganisationsberaters.....	254
b) Recht des Instituts zur Erstellung des Sanierungs-bzw. Reorganisationsplans.....	256

c) Befreiung von der Anzeigepflicht des § 46b Abs. 1 KWG.....	257
d) Bereitstellung von Sanierungsinstrumenten .....	258
aa) Privilegierung von Sanierungskrediten.....	258
bb) Weitere Sanierungsinstrumente.....	260
2. Bewertung der negativen Konsequenzen der Verfahrenseinleitung .....	260
a) Offenlegung der Schieflage des Instituts .....	260
aa) Information der breiten Öffentlichkeit.....	260
bb) Bekanntgabe der Schieflage an die Aufsichtsbehörde.....	261
b) Ungünstige Konsequenzen für die Geschäftsleitung.....	261
3. Abwägung .....	263
III. Fazit .....	265
D. Rechtspolitische Regelungsempfehlung .....	265
I. Diskussion einer Ausweitung des gesetzlichen Anreizmechanismus .....	265
II. Diskussion der Etablierung eines behördlichen Einleitungsrechts .....	266
1. Gründe gegen die Etablierung eines behördlichen Einleitungsrechts.....	266
2. Gründe für die Etablierung eines behördlichen Einleitungsrechts.....	268
3. Abwägung und Ergebnis .....	268
III. Diskussion diverser Folgeänderungen .....	272
<b>Kapitel 5 Gesamtbewertung der Mechanismen des KredReorgG .....</b>	<b>275</b>
§ 1 Gesamtbewertung bei Zugrundelegung der Rechtslage de lege lata .....	275
§ 2 Gesamtbewertung bei Zugrundelegung der Rechtslage de lege ferenda ....	278
A. Gesamtbewertung des Sanierungsverfahrens bei Zugrundelegung der Rechtslage de lege ferenda .....	278
B. Gesamtbewertung des Reorganisationsverfahrens bei Zugrundelegung der Rechtslage de lege ferenda .....	279
I. Zusammenfassung der erforderlichen Verbesserungen de lege ferenda .....	279
II. Auswirkungen der Umsetzung der Verbesserungsvorschläge .....	280
1. Auswirkung auf die Bedeutung des Reorganisationsverfahrens im Gesamtsystem des Bankeninsolvenzrechts.....	280
2. Auswirkungen auf die Realisierung der Regelungsziele.....	283
III. Möglichkeit zur Nutzung des Reorganisationsverfahrens als Bail-in-Instrument i. S. d. Art. 43 Abs. 2 lit. a Abwicklungsrichtlinie .....	283
§ 3 Fazit .....	286
<b>Teil III Konkreter Regelungsvorschlag für eine Veränderung der Rechtslage de lege ferenda</b>	

**Kapitel 6 Konkreter Regelungsvorschlag für eine Veränderung der Rechtslage de lege ferenda ..... 289**

- § 1 Empfehlung für den künftigen Regelungsstandort der Vorschriften über das Reorganisationsverfahren ..... 289
- § 2 Empfehlung für die konkrete Ausgestaltung der Vorschriften über das Reorganisationsverfahren ..... 291
- § 3 Resümee ..... 295

**Teil IV Ausblick**

**Kapitel 7 Ausblick ..... 299**

- § 1 Die Neuregelungen durch das BRRD-Umsetzungsgesetz ..... 300
  - A. Grundsätzliches ..... 300
  - B. Art. 1 (Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz)) ..... 300
    - I. Überblick über die einzelnen Instrumente des SAG ..... 300
    - II. Maßnahmen zur Vorbereitung der Sanierung und zur Frühintervention ..... 301
    - III. Maßnahmen zur Vorbereitung der Restrukturierung und Abwicklung ..... 302
    - IV. Abwicklungsmaßnahmen ..... 303
      - 1. Abwicklungsinstrumente ..... 304
        - a) Instrumente zur Inverantwortungnahme von Anteilshabern und Gläubigern ..... 304
          - aa) Instrument der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente ..... 305
          - bb) Instrument der Gläubigerbeteiligung ..... 305
          - cc) Gemeinsame Vorgaben betreffend die Instrumente der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente und der Gläubigerbeteiligung ..... 307
        - b) Instrument der Übertragungsanordnung ..... 308
      - 2. Abwicklungsbefugnisse ..... 313
      - 3. Fazit ..... 314
    - C. Art. 6 (Änderungen des KredReorgG) ..... 315
- § 2 Auswirkungen der eintretenden Rechtsänderungen ..... 317
  - A. Funktion der Planverfahren im künftigen System des Bankeninsolvenzrechts ..... 317
  - B. Auswirkungen des Inkrafttretens des BRRD-Umsetzungsgesetzes auf die Funktionalität der Planverfahren ..... 320
- § 3 Bewertung der Regelungsempfehlung im Lichte des BRRD-Umsetzungsgesetzes ..... 322
- § 4 Schlussbetrachtung ..... 333

**Teil V Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen**

**Kapitel 8 Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen ..... 337**

**Literaturverzeichnis ..... 347**